Der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy verlangt von den USA und Russland, auf neue Raketen in Europa zu verzichten.



Friedenspolitische Mitteilungen aus der US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein LP 225/08 – 18.11.08

## Frankreich drängt Russland und die Vereinigten Staaten, ihren Raketen-Streit zu beenden

Von Dave Clark, Agence France Press
DefenseNews, 14.11.08
( <a href="http://www.defensenews.com/story.php?i=3822038&c=EUR&s=TOP">http://www.defensenews.com/story.php?i=3822038&c=EUR&s=TOP</a> )

NIZZA, Frankreich – Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy drängte am 14. November Russland und die Vereinigten Staaten, die gegenseitige Bedrohung mit Raketen und Raketenschilden zu stoppen, und rief zu Gesprächen über die zukünftige Sicherheit Europas auf.

Auf einer Pressekonferenz mit seinem russischen Amtskollegen Dmitri Medwedew forderte Sarkozy diesen auf, keine Raketen an Europas Grenzen aufzustellen und versprach gleichzeitig, auf Moskaus Pläne für einen europäischen Sicherheitsvertrag einzugehen.

Moskau hat voller Zorn auf die US-Pläne zur Errichtung eines Raketenabwehrschildes in Osteuropa reagiert, weil es darin einen Versuch zum Erringen der strategischen Übermacht sieht, und seinerseits angekündigt, mit neuen Waffen reagieren zu wollen.

Medwedew, der mit dem Westen schon wegen des August-Krieges in Georgien im Streit liegt, hat damit gedroht, Mittelstreckenraketen vom Typ Iskander, die Ziele in Nord- und Osteuropa erreichen könnten, in Russlands Region Kaliningrad zu stationieren.

Mit seiner Erklärung auf dem europäisch-russischen Gipfeltreffen in Nizza versuchte Sarkozy den Ärger der Russen dadurch zu besänftigen, dass er Medwedews Wunsch nach weiteren Verhandlungen über die Sicherheitsvereinbarungen zustimmte, die in Europa seit dem Ende des kalten Krieges gelten.

"Ich habe den Präsidenten Medwedew darüber informiert, wie sehr wir wegen seiner Ankündigung in Sorge sind, und ihn gebeten, keine Raketen in irgendeiner Exklave aufzustellen, bevor wir nicht über die neuen geopolitischen Bedingungen für die gesamteuropäische Sicherheit diskutiert haben," sagte Sarkozy.

Gleichzeitig distanzierte sich Sarkozy auch von den Vereinigten Staaten, indem er den US-Plan für einen Raketenschild und die angekündigten Raketen Medwedews als doppelte Bedrohung für Europa bezeichnete.

"Wenn Europa und Russland fortfahren, sich mit Schilden, Raketen, Schiffen oder auf andere Art und Weise zu bedrohen, ist das weder gut für Russland, noch für Georgien oder Europa," erklärte er.

Sarkozy verkündete, er werde die Raketen-Frage auf dem NATO-Gipfel im April zur Sprache bringen, und regte an, kurz danach im Rahmen der Organisation for Security and Cooperation in Europe (der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa / OSZE) einen Sicherheitsgipfel mit Russland zu veranstalten.

"Ich schlage vor, dass wir uns Mitte des Jahres auf der Ebene der OSZE treffen, um die Grundlagen für die zukünftige Sicherheit Europas zu legen," sagte er, um Moskau von einseitigen Maßnahmen abzubringen.

"Das wäre sicher noch kein abschließender Gipfel, aber wir könnten uns über die Grundprinzipien einer Einigung verständigen," äußerte Sarkozy.

"Bis zu diesem Termin sollten wir nicht über Raketen oder Raketenschilde reden, die keine Sicherheit schaffen, sondern die Dinge nur schwieriger machen und Rückschritte einleiten," sagte er an der Seite Medwedews.

Nato-Offizielle haben kühl auf Moskaus Pläne für einen Sicherheits-Pakt reagiert.

Medwedew begrüßte die vorgeschlagenen Sicherheitsgespräche, war aber durchaus nicht besänftigt.

Er zog seine Raketen-Drohung nicht zurück, sondern bestand darauf, dass sie nur eine Reaktion auf einseitige Entscheidungen von US-Verbündeten in Europa sei.

"Russlands Schritt war nur eine Antwort auf die Entscheidung verschiedener europäischer Staaten, ohne Rücksprache mit irgendjemand in die Aufstellung neuer Waffen auf ihrem Boden einzuwilligen," sagte Medwedew.

Polen und die Tschechische Republik haben sich bereit erklärt, Elemente des US-Raketenschildes aufzunehmen.

Washington beharrt darauf, dass dieses System defensiv und nur gegen Raketen gerichtet sei, die so genannte "Schurkenstaaten" wie der Iran abfeuern könnten; Moskau sieht darin aber den Versuch, seine strategische Abschreckung zu untergraben.

Die Tschechische Republik zeigte sich überrascht über Sarkozys Vorstoß und wirft ihm vor, sein Mandat überzogen zu haben, als er das US-Abwehrsystem in Frage stellte.

"Das Mandat des französischen Präsidenten für den Europa-Russland-Gipfel erstreckte sich nicht auf den US-Raketenabwehrschild," sagte der ebenfalls an dem Gipfel teilnehmende tschechische Ministerpräsident Alexandr Vondra.

"Frankreich hat seinen Standpunkt nie mit uns abgeglichen," äußerte er und fügte hinzu, er sei von den Erklärungen des französischen Staatspräsidenten "überrascht" worden.

Das tschechische Parlament wird im kommenden Jahr darüber abstimmen, ob das Land eine zu dem System gehörende Radarstation aufnehmen soll, obwohl es in der Bevölkerung eine starke Opposition gegen das Projekt gibt.

Bei dem Gipfel am Freitag traten auch Spannungen wegen der Situation in Georgien auf, weil russische Truppen immer noch in zwei abtrünnigen Provinzen stationiert sind.

Auch hier ist Sarkosy seinem russischen Kollegen entgegen gekommen, indem er ihm für die "weitgehend erfüllten" Zusagen bezüglich des versprochenen Rückzuges aus besetzten Gebieten Georgiens dankte.

Der französische Staatspräsident forderte Medwedew aber auch dazu auf, den Rückzug

durch die Freigabe eines Dorfes in einem Randbezirk Südossetiens zu vollenden; Russland hat die Selbständigkeit dieser Provinz anerkannt, während sie Georgien immer noch als illegal besetzten Teil seines Territoriums ansieht.

Medwedew betonte erneut die von Moskau anerkannte Selbständigkeit Südossetiens und Abchasiens, einer zweiten von Russen besetzten georgischen Region.

Nach den Bedingungen des von Sarkozy im August ausgehandelten Waffenstillstandes sollten sich die Russen auf ihre Ausgangspositionen zurückziehen. Tiflis (die georgische Hauptstadt) beharrt darauf, dass das noch nicht geschehen ist, und auch Europa fordert die Fortsetzung des Rückzugs.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Hervorhebungen und Anmerkungen in Klammern versehen. Nach unserem Kommentar drucken wir den Originaltext ab.)

## Unser Kommentar

DefenseNews ist ein in Washington angesiedelter TV-Sender, der auch eine Website betreibt. Er wird sehr wahrscheinlich von der US-Rüstungsindustrie gesponsert, die an einer andauernden Entspannung in Europa nichts verdienen könnte und deshalb eifrig bemüht ist, den französischen Staatspräsidenten Sarkozy als unzuverlässigen Abweichler und Russenfreund abzustempeln.

Wer den kurzen Krieg in Südossetien und Georgien vom Zaun gebrochen hat, ist ausführlich in den den LUFTPOST-Nummern 129, 134, 135, 140, 144, 146, 153, 164 und 221 dieses Jahres nachzulesen. Sogar die New York Times hat jüngst ihre Leser wissen lassen, dass Georgien diesen Konflikt – mit der auch weiterhin verschwiegenen Unterstützung durch die Bush-Administration und die NATO – vom Zaun gebrochen hat. (s. <a href="http://www.nytimes.com/2008/11/07/world/europe/07georgia.html?scp=1&sq=Gorgia%20Claims">http://www.nytimes.com/2008/11/07/world/europe/07georgia.html?scp=1&sq=Gorgia%20Claims</a> %20on%20Russia%20War%20Called%20Into%20Question&st=cse)

Sarkozys Aufforderung, auf neue Raketen in Europa ganz zu verzichten und stattdessen den Entspannungsprozess – gegebenenfalls mit neuen vertraglichen Absicherungen – fortzusetzen, ist der vernüftigste Vorschlag, der bisher von westlicher Seite gemacht wurde.

Wir können uns nur wünschen, dass Herr Brown, Frau Merkel und andere Hardliner sein Friedensangebot nicht hintertreiben und die neuen NATO-Mitglieder Polen und Tschechien ihre Alleingänge unterlassen.

Erweiterte Sicherheitsvereinbarungen auf OSZE-Ebene lassen vielleicht sogar die Einsicht reifen, dass nach der Auflösung des so genannten Warschauer Paktes auch die NATO obsolet geworden ist.

## **DefenseNews**

## France Urges Russia and U.S. to End Missile Feud

By DAVE CLARK, AGENCE FRANCE-PRESSE, Published: 14 Nov

NICE, France - France's President Nicolas Sarkozy urged Russia and the U.S. to stop

threatening each other with missiles and missile shields Nov. 14 and called for talks on Europe's future security.

Speaking alongside his Russian counterpart Dmitry Medvedev, Sarkozy urged him not to deploy missiles on Europe's border, promising to listen to Moscow's plans for a new continental security treaty.

Moscow has reacted with fury to U.S. plans to expand a missile defense system into Eastern Europe, seeing it as an attempt to gain the strategic upper hand, and has announced a plan to respond with new weapons of its own.

Medvedev, already at odds with the West over August's war in Georgia, has threatened to deploy medium-range Iskander missiles in Russia's Kaliningrad region that could strike targets across northern and Eastern Europe.

Speaking at an EU-Russia summit in Nice, Sarkozy tried to assuage Russian anger by recognizing Medvedev's desire to renegotiate the security agreements governing Europe since the end of the Cold War.

"I told President Medvedev how much we are concerned about his declarations, and how there should be no deployment in any enclave as long as we have not discussed the new geopolitical conditions of pan-European security," he said.

Sarkozy also implicitly distanced himself from the U.S., linking the U.S. missile shield plan with Medvedev's missiles as twin threats to Europe.

"We could continue between Europe and Russia to threaten each other with shields, with missiles, with navies and so forth. It would do Russia no good, Georgia no good and Europe no good," he declared.

Sarkozy said he would bring up the missile question at a NATO summit in April and called for a security summit with Russia under the Organisation for Security and Cooperation in Europe (OSCE) shortly thereafter.

"I propose that in mid-2009 we meet in a framework, which could be the OSCE, to lay the foundations of what could be Europe's future security," he said, urging Moscow to refrain from unilateral measures.

"It would not be a conclusive summit, but we could lay the foundations of what could be an accord between us," Sarkozy said.

"Until then we should not talk about missile or shield deployments which lead to nothing for security, which complicate things and rather make things go backwards," he said, standing alongside Medvedev.

NATO officials have reacted coolly to Moscow's security pact plans.

Medvedev welcomed the idea of security talks, but was far from mollified.

Rather than standing down his missile threat, he insisted that it had come in response to unilateral decisions by U.S. allies in Europe.

Russia's move was "a response to various nations in Europe who, without consulting anyone, agreed to deploy new weapons on their soil," he said.

Poland and the Czech Republic have agreed to host elements of the U.S. missile shield. Washington insists its system is a defensive project designed to intercept missiles fired by so-called "rogue states" - such as Iran - while Moscow regards it as an attempt to undermine its strategic deterrent.

The Czech Republic expressed surprise at Sarkozy's remarks and claimed he had overstepped his mandate by raising the U.S. defense system.

"As far as the French presidency mandate for the EU-Russia summit goes, it did not contain any mention of the U.S. anti-missile shield," Czech Deputy Prime Minister Alexandr Vondra said.

"France has never consulted such a standpoint with us," he said, and added that he was "surprised" by the French leader's declarations.

Czech lawmakers are due to vote next year on whether to host a U.S. radar as part of the shield, amid strong public opposition to the project.

Friday's summit also underlined tensions over the situation in Georgia, where Russian troops are deployed in two breakaway regions.

Again, Sarkozy was careful to reach out to his Russian colleague, thanking him for having "largely implemented" the terms of a promised withdrawal from positions occupied in Georgia.

But the French leader also called on Medvedev to complete the pull-out from a village in a district on the outskirts of the South Ossetia, which Russia regards as independent and Georgia as illegally occupied territory.

Medvedev reiterated Moscow's support for the independence of South Ossetia and Abkhazia, a second Russian-occupied Georgian region.

Under the terms of a ceasefire brokered by Sarkozy in August, Russian forces were supposed to return to their previous positions. Tbilisi insists that this has not happened and Europe has called for further withdrawals.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern